

Vorbild Baden-Württemberg

Von Sigrid Meinhold-Henschel

„Demokratie heißt, sich in die eigenen Angelegenheiten einzumischen.“

(Max Frisch)

Das Credo des Schweizer Schriftstellers Max Frisch ist offensichtlich ein Leitmotiv vieler Menschen in Baden-Württemberg. Die Daten des Freiwilligensurveys 2004 belegen: Baden-Württemberg ist das Mitmachland Nummer eins in der Bundesrepublik. Fast 4,5 Millionen Menschen, und damit 42 Prozent der Landesbevölkerung, engagieren sich hier in ihrer Freizeit freiwillig und unentgeltlich für andere Menschen. Die Engagementquote konnte in den letzten Jahren kontinuierlich gesteigert werden und liegt mittlerweile sechs Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Sicherlich sind hierfür auch kulturelle und gesellschaftspolitische Traditionen in dem südlichen Bundesland wichtige Voraussetzungen. Der Einfluss landespolitischer Strategien zur Förderung gesellschaftlichen Engagements sollte aber nicht unterschätzt werden.

Gesellschaftliches Engagement im Fokus der Politik

Mit Beginn der 1990er Jahre hat Baden-Württemberg die Engagementförderung zu einem eigenständigen politischen Handlungsfeld entwickelt. Am Anfang stand das vom damaligen Ministerpräsidenten Lothar Späth aus den USA importierte Konzept der Seniorengenossenschaften, in dem sich Ältere um Hilfsbedürftige ihrer Generation kümmern und dabei gleichzeitig Ansprüche auf Zuwendungen und Pflege in einem genossenschaftlich abgesicherten System erwerben. Die Erfahrungen waren so positiv, dass die Fokussierung auf ältere Menschen aufgegeben und generationenübergreifende Handlungsansätze entwickelt wurden.

Spätestens mit Vorlage des Berichts der Zukunftskommission „Gesellschaft 2000“, die 1999 ihre Arbeit abschloss, wird deutlich: Die Förderung gesellschaftlichen Engagements ist zu einem Schwerpunkt der Landespolitik geworden, der parteiübergreifende Akzeptanz genießt. Angesichts des demographischen Wandels und in Auseinandersetzung mit den Herausforderungen einer globalisierten und technisierten Welt sieht Baden-Württemberg Bürgerengagement als Hebel zur Stärkung der Demokratie und des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Konsequenterweise wird eine systematische Förderpolitik entwickelt, die Einzelmaßnahmen und Instrumente zu einer umfassenden Gesamtstrategie ausbaut.

Vielfalt ermöglichen - Koordination sichern

Um möglichst viele Menschen zu aktivieren, setzte Baden-Württemberg von Anfang an auf Kooperation und strategische Partnerschaften mit Non-Profit-Organisationen. Die gegenwärtige Engagementlandschaft ist durch vielfältige formelle, aber auch informelle Netzwerke gekennzeichnet. Eine beeindruckende Kooperationsdichte schafft das „Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement“. Hierin sind alle Städte, Gemeinden und Landkreise des Landes vertreten, die jeweils Teilnetze bilden. Regelmäßige Treffen, die Durchführung von thematischen Fachgesprächen und der Erfahrungsaustausch stehen im Mittelpunkt. Die Netzwerkkoordination liegt bei der im Sozialministerium angesiedelten Stabsstelle „Bürgerschaftliches Engagement“.

Durch die Einrichtung eines Netzwerkausschusses und eines Steuerungsverbundes sind die kommunalen Spitzenverbände und wichtige Non-Profit-Organisationen in die Strategieentwicklung eingebunden. Zentrale Aufgaben der Stabsstelle richten sich darauf, Fachberatungen für die beteiligten Institutionen anzubieten und die Entwicklung lokaler und regionaler Koordinationsstrukturen zu unterstützen. Gleichzeitig werden im Dialog mit den Partnern zukünftige Handlungsansätze identifiziert. Teil des Netzwerkes ist u. a. auch eine Arbeitsgemeinschaft bürgerschaftlicher Initiativen (ARBES) und ein Verbund von Fachkräften für bürgerschaftliches Engagement (FaLBE), die z. B. in Kommunen, bei Verbänden oder freien Trägern tätig sind.

Den Dialog der Akteure unterstützen weitere Gremien: Das „Landesforum Ehrenamt und Bürgerschaftliches Engagement“ führt hochrangige Repräsentanten aus Sport, Jugend- und Sozialarbeit mit Vertretern der Wirtschaft, der Kirchen und Kommunen zusammen. Darüber hinaus hat die Landesregierung das „Landeskuratorium Bürgerarbeit“ eingesetzt, um sich von Experten Ratschläge für die Weiterentwicklung der Engagementstrategie geben zu lassen. Durch die Einsetzung eines Ehrenamtsbeauftragten der Landesregierung Baden-Württemberg wird die Arbeit der Fachministerien koordiniert. Diese treffen sich regelmäßig in interministeriellen Arbeitsgruppen. Der Ehrenamtsbeauftragte leitet darüber hinaus das „Landesbüro Ehrenamt“, das sich als zentrale Anlaufstelle für alle ehrenamtlich Aktiven versteht und Vorschläge für einen Abbau bürokratischer Hemmnisse des Engagements erarbeitet. In Baden-Württemberg wird also zielgerichtet daran gearbeitet, dass engagierte Menschen und Non-Profit-Organisationen gute Rahmenbedingungen für Bürgerarbeit vorfinden.

Engagementförderung konkret

Insgesamt stellt Baden-Württemberg jährlich rund 75 Millionen Euro zur Förderung gesellschaftlichen Engagements zur Verfügung. Dieses Budget umfasst auch die Mittel der Fachministerien, z. B. zur Förderung der traditionellen Vereinsarbeit. Eine Besonderheit der Förderpolitik ist jedoch, dass zukunftsorientiert in die Entwicklung infrastruktureller Voraussetzungen bürgerschaftlichen Engagements (wie beispielsweise Anlaufstellen und Netzwerke) investiert wird, sowie auch in die Qualifizierung der Akteure.

Im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern stellt Baden-Württemberg auch Gelder für regionale und lokale Netzwerke zur Verfügung. Mit Landesmitteln wird der Aufbau örtlicher Anlaufstellen unterstützt. In Kooperation mit der Landesstiftung Baden-Württemberg finanziert das Land insbesondere auch Beratungsangebote, um die Entwicklung passgenauer Arbeitsformen zu ermöglichen.

Durch die Bereitstellung personeller und finanzieller Ressourcen für das „Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement“ werden Bürger, Non-Profit-Organisationen, Wirtschaft, Politik und Verwaltung zusammengeführt. Ziel ist es, für drängende gesellschaftliche Probleme im Zusammenspiel aller tragfähige Lösungen zu erarbeiten. Baden-Württemberg sieht sich dabei in der Rolle des ermöglichenden Staats. Diesem Selbstverständnis entspricht es, dass ein weiterer Schwerpunkt auf Qualifizierung gelegt wird.

In Baden-Württemberg werden seit 2000 Bürgermentoren ausgebildet. Die Trainings sollen sie in ihren Fähigkeiten stärken, gesellschaftliches Engagement zu organisieren, in Netzwerken zu arbeiten und andere Bürger zu beraten. Mittlerweile sind über 10.000 Bürgermentoren in Baden-Württemberg aktiv. Das Land bietet nun auch eine Qualifizierung für die Ausbildung von Mentoren an. Bereits seit 1994 werden Schüler als Mentoren z. B. in den Bereichen Sport, Naturwissenschaften, Musik, Gewalt- oder Suchtprävention, Naturschutz oder auch Jugendarbeit ausgebildet.

Zielsetzung ist es, dass Schüler für Schüler attraktive Angebote machen und dabei gleichzeitig Zugangswege zum Engagement entstehen. Allein im Schuljahr 2005/2006 wurden 2000 Schülermentoren ausgebildet. Eine weitere Facette in der Qualifizierungsoffensive Baden-Württembergs ist die Ausbildung von Jugendbegleitern. Sie werden dazu befähigt, im Rahmen der offenen Ganztagschule mit Schülern zu arbeiten.

Fazit

In Baden-Württemberg trifft bürgerschaftliches Engagement auf gute Rahmenbedingungen. Dies trägt dazu bei, dass sich viele Menschen aktiv in die Gestaltung des Gemeinwesens einbringen. Durch die vorhandenen Kooperationsstrukturen, die öffentliche Wertschätzung von Engagement und die konsequente Qualifizierung von Mentoren in der jungen und der älteren Generation wird die Vernetzung der Schulen mit dem Gemeinwesen unterstützt. Dies ist ein wesentlicher Faktor für die Umsetzung des „Themenorientierten Projektes Soziales Engagement“ (TOP SE) in den Realschulen.

Literatur:

Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages.
Bericht - Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Opladen 2002.

Hoch, Hans, Thomas Klie und Martina Wegner. *Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg. Landesauswertung zu den Ergebnissen des 2. Freiwilligensurvey 2004.* Hrsg. Ministerium für Arbeit und Soziales, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg. 2006.

Olk, Thomas. „Die bürgerorientierte Länderpolitik - Wie können die Länder Kommunen in ihren Aktivitäten fördern? - Ein Überblick“. www.buergerfuer-buerger.de/content/buergergesell-laenderpolitik.htm (Download 11.06.2007).

Zukunftskommission Gesellschaft 2000 (Hrsg.). *Solidarität und Selbstverantwortung. Von der Risikogesellschaft zur Chancengesellschaft. Bericht und Empfehlungen der Zukunftskommission Gesellschaft 2000 der Landesregierung Baden-Württemberg.* Stuttgart 1999.

Dieser Artikel erscheint in:

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). *Vorbilder bilden. Gesellschaftliches Engagement als Bildungsziel.* Gütersloh 2007.